

Stand: 15.07.2025 08:18:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21167

"Subsidiarität Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung) COM(2021) 733 final BR-Drs. 19/22"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21167 vom 16.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21286 des BU vom 22.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/21329 vom 23.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 23.02.2022



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Stephan Oetzing, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder** CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung)

COM(2021) 733 final

BR-Drs. 19/22

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung); COM(2021) 733 final; BR-Drs. 19/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Vorschlag der Europäischen Kommission berücksichtigt die Verhältnisse in den Mitgliedstaaten nicht ausreichend:

1. Informationspflichten schaffen unnötige Bürokratie

Mobile EU-Bürger werden bei Kommunalwahlen in Bayern wie deutsche Staatsangehörige bereits von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse eingetragen. Sie können auch ohne vorherige Registrierung in Wahlvorschläge zu kommunalen Gremienwahlen aufgenommen werden.

Die individuelle Informationspflicht des Richtlinienvorschlags über ihre Registrierungsoptionen berücksichtigt diese bestehenden nationalen Regelungen nicht. Soweit in Mitgliedstaaten keine gesonderten Registrierungspflichten mobiler EU-Bürger zur Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts bestehen, entstünde durch die vorgeschlagenen Regelungen sehr erheblicher Verwaltungsaufwand, ohne dass mobile EU-Bürger einen Vorteil daraus zögen.

In gleicher Weise würde die darüber hinausgehende individuelle Informationspflicht über die Organisation der Wahl, einschließlich der Kandidatenliste, den Stand der Eintragung, das Datum der Wahl sowie Art und Ort der Stimmabgabe – noch dazu in einer weiteren Sprache, die auch nicht die Muttersprache sein muss – einen hohen Aufwand erzeugen, der schon nicht erforderlich ist, weil mobile EU-Bürger eine persönliche Wahlbenachrichtigung mit Informationen zur Wahlteilnahme erhalten. Ein zusätzlicher Informationsbedarf für mobile EU-Bürger (wie auch für eigene Staatsangehörige) kann unaufwendiger und zielgerichteter durch Maßnahmen in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

2. Förderale Zuständigkeiten müssen berücksichtigt werden

Der Kommissionsvorschlag zur Benennung einer nationalen Behörde zur Information aller mobilen EU-Ausländer vor Kommunalwahlen berücksichtigt die föderalen Verhältnisse in Deutschland nicht: Kommunalwahlen sind in Deutschland Sache der Länder. Das bedeutet, dass keine Bundesbehörde als nationale Behörde bestimmt und mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden könnte.

Im Übrigen wäre die Einrichtung einer nationalen Behörde auch nicht sinnvoll. Es sind die kommunalen Behörden der rund 11 000 Städte und Gemeinden, die auf der Grundlage der Melderegister über die notwendigen Daten wahlberechtigter mobiler EU-Bürger verfügen. Außerdem finden Kommunalwahlen zu vielen unterschiedlichen Terminen und nach unterschiedlichen Regularien statt. Der entstehende bürokratische Aufwand für eine nationale Stelle stünde in keinem angemessenen Verhältnis zum eher überschaubaren Nutzen.

3. Keine Überwachung und Berichtspflicht

Die Einführung einer regelmäßigen Überwachung und Berichterstattung über die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten wird abgelehnt. Der damit verbundene Aufwand ist unangemessen, da die Berichtspflicht zu statistischen Daten über die Teilnahme aktiv und passiv wahlberechtigter EU-Bürger eine aufwendige nachträgliche Auswertung der Wählerverzeichnisse und Wahlvorschläge voraussetzen würde. Die Ergebnisse hingegen ließen keine relevanten Schlüsse darauf zu, warum mobile EU-Bürger ihr Teilnahmerecht in welchem Umfang ausgeübt haben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/21167**

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung)

COM(2021) 733 final

BR-Drs. 19/22

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter:

Tobias Gotthardt

Mitberichterstatter:

Markus Rinderspacher

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 22. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt

Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Stephan Oetzing, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung)

COM(2021) 733 final

BR-Drs. 19/22

Drs. 18/21167, 18/21286

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung); COM(2021) 733 final; BR-Drs. 19/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Vorschlag der Europäischen Kommission berücksichtigt die Verhältnisse in den Mitgliedstaaten nicht ausreichend:

1. Informationspflichten schaffen unnötige Bürokratie

Mobile EU-Bürger werden bei Kommunalwahlen in Bayern wie deutsche Staatsangehörige bereits von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse eingetragen. Sie können auch ohne vorherige Registrierung in Wahlvorschläge zu kommunalen Gremienwahlen aufgenommen werden.

Die individuelle Informationspflicht des Richtlinienvorschlags über ihre Registrierungsoptionen berücksichtigt diese bestehenden nationalen Regelungen nicht. Soweit in Mitgliedstaaten keine gesonderten Registrierungspflichten mobiler EU-Bürger zur Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts bestehen, entstünde durch die vorgeschlagenen Regelungen sehr erheblicher Verwaltungsaufwand, ohne dass mobile EU-Bürger einen Vorteil daraus zögen.

In gleicher Weise würde die darüber hinausgehende individuelle Informationspflicht über die Organisation der Wahl, einschließlich der Kandidatenliste, den Stand der Eintragung, das Datum der Wahl sowie Art und Ort der Stimmabgabe – noch dazu in einer weiteren Sprache, die auch nicht die Muttersprache sein muss – einen hohen Aufwand erzeugen, der schon nicht erforderlich ist, weil mobile EU-Bürger eine persönliche Wahlbenachrichtigung mit Informationen zur Wahlteilnahme erhalten. Ein zusätzlicher Informationsbedarf für mobile EU-Bürger (wie auch für eigene Staatsangehörige) kann unaufwendiger und zielgerichteter durch Maßnahmen in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

2. Förderale Zuständigkeiten müssen berücksichtigt werden

Der Kommissionsvorschlag zur Benennung einer nationalen Behörde zur Information aller mobilen EU-Ausländer vor Kommunalwahlen berücksichtigt die föderalen Verhältnisse in Deutschland nicht: Kommunalwahlen sind in Deutschland Sache der Länder. Das bedeutet, dass keine Bundesbehörde als nationale Behörde bestimmt und mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden könnte.

Im Übrigen wäre die Einrichtung einer nationalen Behörde auch nicht sinnvoll. Es sind die kommunalen Behörden der rund 11 000 Städte und Gemeinden, die auf der Grundlage der Melderegister über die notwendigen Daten wahlberechtigter mobiler EU-Bürger verfügen. Außerdem finden Kommunalwahlen zu vielen unterschiedlichen Terminen und nach unterschiedlichen Regularien statt. Der entstehende bürokratische Aufwand für eine nationale Stelle stünde in keinem angemessenen Verhältnis zum eher überschaubaren Nutzen.

3. Keine Überwachung und Berichtspflicht

Die Einführung einer regelmäßigen Überwachung und Berichterstattung über die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten wird abgelehnt. Der damit verbundene Aufwand ist unangemessen, da die Berichtspflicht zu statistischen Daten über die Teilnahme aktiv und passiv wahlberechtigter EU-Bürger eine aufwendige nachträgliche Auswertung der Wählerverzeichnisse und Wahlvorschläge voraussetzen würde. Die Ergebnisse hingegen ließen keine relevanten Schlüsse darauf zu, warum mobile EU-Bürger ihr Teilnahmerecht in welchem Umfang ausgeübt haben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Subsidiarität
 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG
 COM (2021) 851 final
 BR-Drs. 27/22
 Drs. 18/21166, 18/21284 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Gemeinsam für saubere Luft –
Abdeckungen für bestehende Güllelagerbehälter fördern
Drs. 18/18993, 18/21200 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Langzeitarbeitslosigkeit genauer in den Blick nehmen
Drs. 18/19181, 18/21134 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerischen Energieatlas zeitnah aktualisieren
Drs. 18/19222, 18/21147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse
Drs. 18/19291, 18/21153 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jetzt ein starkes Bündnis für gute Ganztagsbildung in Bayern schaffen
Drs. 18/19348, 18/21154 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Parkraum effektiv nutzen, Gebührenhöhe den Kommunen überlassen
Drs. 18/19367, 18/20669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sichern –
3G sofort und flächendeckend umsetzen
Drs. 18/19379, 18/21135 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

13. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwicklung der Bienenpopulation
Drs. 18/19382, 18/21138 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliches Engagement durch Stiftungen weiter steigern
Drs. 18/19396, 18/21198 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern. Günstige Stromversorgung sicherstellen:
Bayerische Kernkraftwerke weiterlaufen lassen
Drs. 18/19398, 18/21150 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Chancengleichheit an Hochschulen wiederherstellen
Drs. 18/19400, 18/21156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner AfD
Soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen garantieren –
Kein Impfzwang durch die Staatsregierung!
Drs. 18/19547, 18/21137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Arif Tasdelen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a.
und Fraktion (SPD),
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a.
und Fraktion (FDP)
Bedarfsgerechte Jugendarbeit und Jugendhilfe
in Bayern sichern – verlässlichen Rahmen für die Arbeit
des Bayerischen Jugendrings schaffen
Drs. 18/19548, 18/21199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Petra Högl,
Alexander Flierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fördersätze bei den investiven Förderprogrammen
Drs. 18/19550, 18/21201 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Die Reinigung von Unterkünften den Asylbewerbern auferlegen
Drs. 18/19577, 18/21146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Wissenschaftskommunikation an bayerischen Hochschulen –
Qualität statt Quantität!
Drs. 18/19585, 18/21158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. AfD
Energie für Bayern.
Stromversorgung sicherstellen: Blackout-Krisenplan vorbereiten
Drs. 18/19632, 18/21149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag Klimaställe/Offenfrontställe
Drs. 18/19741, 18/21145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib,
Doris Rauscher u.a. SPD
Freiversuche an allen Hochschulen im Wintersemester 2021/2022
Drs. 18/19763, 18/21160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>